

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Werdendes Recht.

Der Strafrechtsentwurf im Reichstagsausschuß.

Der zur Beratung des Strafrechtsentwurfs eingesetzte 32. Ausschuss des Reichstags trat heute zu seiner ersten Beratung zusammen. Der Vorsitzende Geheimrat Kahl eröffnete die Sitzung mit einer feierlichen Ansprache: Zum Werke, das wir ernst bereiten, bezieht sich wohl ein ernstes Wort. Er lehne aber ab, diesen Vers fortzusetzen, „wenn gute Reden sie begleiten, dann fließt die Arbeit munter fort.“

Er warne von vornherein vor zu langen Reden.

Somit werde das ganze Werk gestört. Regierung und Ausschuss mühten zusammenarbeiten, zwischen ihnen dürfe kein Trennungsstrich gezogen werden. Die großen Grundprinzipien des Strafrechts, Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit, sollten möglichst schnell gesetzgebende Gestalt annehmen. Gemäß werde es auch zu ersten Differenzen kommen, das könne man nach Verhandlungen des Parlaments und der Juristenkongresse über den Strafrechtsentwurf ohne weiteres annehmen. Man solle aber immer sachlich diskutieren und auch nicht lediglich nach Parteiaustragen handeln, die in Deutschland mehr als in anderen parlamentarisch regierten Ländern auf dem Abgeordneten laßen. Man solle vielmehr in erster Linie seinem Gewissen folgen. Das deutsche Volk erwarte die Lösung des Strafrechtsproblems. Nach Oesterreich hinüber, wo man jetzt ebenfalls die Rechtsangleichung zu beraten begonnen habe, müsse ein Echo aus diesem Ausschuss des Reichstags hinaus erschallen: Der Wille und die Entschlossenheit, das große gemeinsame Werk zustande zu bringen.

Staatssekretär Joel entschuldigt die Abwesenheit des Reichsjustizministers Dr. Hergt durch seine Teilnahme an den Verhandlungen des österreichischen Parlaments über das Strafrecht.

Genosse Dr. Rosenfeld unterstützte den Wunsch des Vorsitzenden, daß ein Echo aus diesen Verhandlungen nach Oesterreich hinüber schalle. In der Tat sei die Rechtsangleichung in hohem Maße erwünscht und sie werde auch von den Sozialdemokraten Deutschlands und Oesterreichs aufs wärmste unterstützt. Gerade gestern habe der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im österreichischen Nationalrat ein

geordnetes Zusammenwirken der beiden Volksvertretungen

oder wenigstens derjenigen Körperschaften, welchen die Vorbereitung in den beiden Parlamenten obliege, gefordert. Diesem Verlangen müsse Rechnung getragen werden. Es genüge nicht, daß eine freigeübte deutschösterreichische Arbeitsgemeinschaft sich mit der Rechtsangleichung beschäftige, es sei notwendig, jeden Umweg zu vermeiden

und direkt Vertreter der Rechtsausschüsse beider Parlamente zusammenarbeiten zu lassen. Dagegen könne auch die Entente nichts einwenden, da der Vertrag von Versailles lediglich einen Zusammenschluß beider Länder unterjage. Nur Parlamentsausschüsse, die in ihrer Zusammenfassung der Zusammenfassung der Parlamente entsprechen, garantieren eine fruchtbringende Zusammenarbeit und einen Erfolg der gemeinsamen Arbeit. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten einen Unterausschuß zur gemeinsamen Beratung mit dem Rechtsausschuß des Nationalrats einzusetzen.

Vorsitzender Kahl bittet, diesen Antrag zurückzustellen, bis Minister Hergt über die augenblicklich in Wien schwebenden Verhandlungen Bericht erstattet habe. Der Ausschuss beschließt demgemäß.

Genosse Dittmann schließt sich einem Antrag an, der die Zulassung von Pressevertretern fordert. Man könne nur wünschen, daß die

Ausschussberatungen des Ausschusses ein Echo im Volke finden.

Das Strafrecht soll doch für das deutsche Volk geschaffen werden, deshalb hätten wir das größte Interesse, daß das deutsche Volk aus Genauigkeit informiert werde. Vorsitzender Kahl meint, der Antrag habe prinzipielle Bedeutung und müsse mit dem Reichstagspräsidenten und eventuell im Geschäftsordnungsausschuß besprochen werden. Der Antrag wird daher zunächst zurückgestellt.

Abg. Koenen beantragt ferner, mit dem 5. Abschnitt des Strafrechts die Beratung des Strafvollzugsgesetzes zu verbinden. Vorsitzender Kahl widerspricht diesem Antrag. Genosse Landsberg macht darauf aufmerksam, daß es richtiger sei, zunächst das materielle Strafrecht zu regeln, da man zunächst wissen müsse, welche Strafen im Strafrecht beschlossen würden. Vor allem aber sei die Strafvollzugsordnung dem Ausschuss noch nicht überwiesen. Sie könne deshalb noch nicht beraten werden. Darauf zog Abg. Koenen seinen Antrag zurück.

Abg. Stoedter beantragt die Eröffnung einer Generaldebatte. Vorsitzender Kahl wendet sich dagegen. Genosse Landsberg unterstützt den kommunistischen Antrag mit dem Hinweis, daß zwar dieselben Ausführungen sicherlich wirkungsvoller in der Spezialdebatte vorgebracht werden könnten, daß man aber, wenn eine Partei eine Generaldebatte wolle, ein solches Verlangen nicht ablehnen könne. Der kommunistische Antrag wird gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Alsdann beginnt Vorsitzender Kahl das erste Referat zum ersten Abschnitt des Strafrechtbuchs.

verantwortlichen Staatsmänner aus guten und wohlvermögenden Gründen weder in Berlin noch in Genf zu lagen für gut befinden. Kann jemand ein vernünftiges Interesse daran haben, die Person des Reichspräsidenten auf diese Weise in den Mittelpunkt außenpolitischer Diskussion zu rücken? Das Deutsche Reich kommt jedenfalls durch solche Vorgänge in die peinliche Rolle eines trogigen Jungen, dem von seinen einsichtigen Eltern ein dummes Wort verboten wird, der dann aber, wenn hinter der elterlichen Mahnung die Tür zugeschlagen ist, ganz für sich allein jenes dumme Wort noch einmal laut wiederholt. Es liegt uns fern, dem Reichspräsidenten Vorwürfe zu machen, da man von einem alten General nicht verlangen kann, daß er die komplizierten und empfindlichen Zusammenhänge der internationalen Politik beherrscht. Diese Ueberlegung hat vor seiner Wahl ja eine wichtige Rolle gespielt. Nun er aber gewählt ist, muß man sich an seine verantwortlichen politischen Ratgeber halten. Der Herr Reichsminister ist ja dabei gewesen.

Diese Kritik des Zentrumsblattes an dem eigenen Parteivorstand ist ebenso kräftig wie zutreffend.

Wenn neuerdings erklärt wird, der Reichsregierung einschließlich des Herrn Stresemann habe der Text der Hindenburg-Rede vorgelegen, so entlastet das zwar den Reichspräsidenten bezüglich seines formalen Verhaltens — es belastet aber um so mehr die Reichsregierung und Herrn Stresemann. Ueber die Unzweckmäßigkeit der Rede kann es ja nur eine Meinung geben. Man hat aber nicht die nötige Zivilcourage gehabt, sie zu verhindern.

Im übrigen sind die Mißverständnisse darauf zurückzuführen, daß die Zustimmung des Ministerrates zu der Tannenbergs Rede Hindenburgs bereits vor drei Wochen, also vor der Abreise Stresemanns nach Genf erteilt worden ist!

Amerikas neuer Mexiko-Botschafter.

Ein Vertreter des Morgan-Trusts.

Washington, 21. September. (Eigenbericht.)

Der Präsident hat den ihm nahestehenden Dwight Morrow zum Botschafter in Mexiko ernannt. Borch erklärte, er werde die Ernennung, die vom Senat noch zu bestätigen ist, unterstützen, falls der neue Botschafter eine friedensfreundliche Haltung einnehme.

Morrow hat mit Colidge zusammen an der gleichen Hochschule studiert. Er ist Teilhaber Morgans, der Mexikos Auslandsanleihe (über 400 Millionen Dollar) untergebracht hat. Im Gegensatz zu den scharmantesten Petroleuminteressenten ist die Wallstreet aus finanziellen Gründen mehr für die Friedenspolitik gegenüber Mexiko.

Magnaten gegen Bauern.

Der ungarisch-rumänische Streitfall.

Von Hermann Wendel.

Überall steht zu lesen, daß es ein großer, ja dramatischer Tag gewesen sei, als am vergangenen Sonnabend vor dem Genfer Völkerbundsrat der Radjar Apponyi und der Rumäne Titulescu miteinander rangen. Die Zuhörer kamen bei dem Redeturnier auf ihre Kosten, und den Presseleuten flossen die anschaulichsten Stimmungsbilder nur so aus der Feder. Und doch schien sich das Ganze um eine Frage des formalen Rechts zu drehen, wie sie sonst nur juristische Stäubchenfieber und Fichtnacker, nicht aber eine breitere Öffentlichkeit mitzureißen pflegt.

Die Vorgeschichte des Streitfalls ist etwas länglich. In seinem Borderplan stehen 350 madjarische Großgrundbesitzer, deren Güter in dem 1918 an Rumänien gefallenen Siebenbürgen von der rumänischen Agrarreform erfaßt worden sind. Ihre Klage auf Rückerstattung ihres Besitzes, die sich die ungarische Regierung zu eigen gemacht hat, läuft seit 1923 und hat nacheinander die Botschafterkonferenz, den Völkerbundsrat und das gemischte ungarisch-rumänische Schiedsgericht in Paris beschäftigt, das Ungarn wegen Verletzung des § 250 des Vertrages von Trianon angerufen hatte. Allerdings schützt dieser Artikel sinngemäß ungarische Staatsbürger in Rumänien nur insofern vor Enteignung, als sie sich unter dem Titel: Liquidation zu Reparationszwecken gegen sie in ihrer Eigenenschaft als Ungarn richtet, und lediglich für solche Fälle ist das Schiedsgericht zuständig. Die Güter in Siebenbürgen aber wurden enteignet, nicht weil sie Ungarn gehörten, sondern weil sie Großgrundbesitzer waren, und folgerichtig bestritt die bulgarische Regierung die Kompetenz des Schiedsgerichts. Als es sich gleichwohl für zuständig erklärte, berief Rumänien seinen Vertreter ab. Jetzt klopfte Ungarn beim Völkerbund an, damit er die für diesen Fall vorgesehene Ernennung eines Ersatzrichters vollziehe. Alles scheint also Sache der Auslegung, Kompetenzfrage, Paragrafentram zu sein.

Aber es scheint nur so. In Wahrheit steckt hinter den Täfelchen der Paragrafenmenschen eines der gewaltigsten sozialen Probleme unserer Zeit, dessen Aufrollung schon die leidenschaftliche Erregung der Sonnabendtagung rechtfertigt. Die einschneidende Wundung im Südosten Europas, die sich zwischen 1912 und 1918 durch Balkankrieg und Weltkrieg vollzogen hat, stellt, weit entfernt davon, sich mit Vertauschung von Grenzzeichen und Ablösung von Dynastien zu erschöpfen, in ihrem Kern eine Agrarrevolution größten Stils dar. Mit der Zertrümmerung der osmanischen und habsburgischen Herrschaft verschwanden die letzten Ueberreste des Feudalismus, nahm der Pachtflave sich sein Stück vom Großgrundbesitz zu eigen, siegte die Bauernpartei über das Latifundium. Das geschah, durch die Bauernbefreiung der russischen Revolution beflügelt, überall, in der Tschechoslowakei, in Südslawien, in Rumänien, und ist überhaupt der soziale Sinn der Entfaltung oder Abbrüderung der neuen Nationalstaaten.

In dem klassischen Großgrundbesitzerlande Rumänien mußte die Rot den Bojaren heiß auf den Näseln brennen, bis auch sie sich zu einer Agrarreform entschlossen, aber machte sie durch Korruption und Spekulationentum noch so verwässert und verfälscht werden. Die Umwälzung, die sie brachte, pflügte doch das gesellschaftliche Erdreich gründlich um. „Kaum je,“ sagt Professor Dr. Walter Schif in seiner Schrift „Die großen Agrarreformen seit dem Kriege“, „sind die agrarischen Verhältnisse eines Landes auf friedlichem Wege so rasch auf ganz neue Grundlagen gestellt worden.“ Auch in Siebenbürgen gab es ein großes Aufwachen. Dort hatten an dem einen Bol 0,48 Proz. der Besitzer, die Großen, 3,2 Millionen Hektar oder 37 Proz. der Bodenfläche inne, während sich am anderen Bol 87 Proz. der Besitzer, die Kleinen, in 2,9 Millionen Hektar oder 34 Proz. der Bodenfläche teilen mußten! Daß in dieser Provinz die Agrarreform eine nationale Spitze bekam, lag daran, daß unter den Latifundienbesitzern die Radjaren als die sozialen und politischen Herren des Landes überwogen, und die Rumänen meist zum landlosen oder landarmen Proletariat zählten. An Ungerechtigkeiten, Härten und Gaunereien fehlte es nicht, so daß sogar nicht-rumänischen Kleinbauern ihr Eigen genommen oder geschmälert wurde, aber im Ganzen hätten die madjarischen Magnaten keine Ursache zur Beschwerde: was Enteignung und Entschädigung anging, wurde ihnen mit demselben Maße gemessen wie ihren rumänischen Klassengenossen in Siebenbürgen.

Wenn jetzt als ihr Sachwalter Graf Apponyi in Genf durch juristische Begriffspielereien verblüfft, so erinnert das wohl an das Wort, das die Ungarn eine Nation von Husaren und Adoolaten nennt, aber es beweist nicht, daß es ihm und feinesalaten um eine harmlose Rechtsfrage geht. Vielmehr handelt es sich um einen dreifachen Vorstoß des noch heute feudalen Ungarn gegen die neue soziale Ordnung im Südosten, um einen Angriff des Latifundiums auf die Parzelle, um eine Konterrevolution der Magnaten gegen die Bauern. Das geschichtliche Gegenstück ist die Freiheit, mit der nach 1815 die aristokratischen Ultras in Frankreich verlangten, daß sie mit Waffengewalt auf ihre Güter zurückgeführt würden, die die große Revolution zerstückelt und an die freigemordenen Leibeigenen verteilt hatte. Aber selbst für die Bourbonen war es unmöglich, den Bauern von seinem Boden wieder zu verjagen und so die neue Grund-

Die preußischen Schulanträge.

Einigkeit in der Regierung.

Heute morgen haben wir gemeldet, daß die preußische Regierung einstimmig eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen zum Schulgesetzentwurf des Herrn v. Keudell beschlossen hat. Man wird die Veröffentlichung dieser Anträge mit einiger Spannung erwarten. Einstweilen darf festgesetzt werden, daß die Hoffnung der Deutschnationalen, auf dem Wege über das Schulgesetz die Preußenkoalition zertrümmern zu können, nicht in Erfüllung gegangen ist. Daß zwischen den Koalitionsparteien des preußischen Landtags, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten gerade in Weltanschauungsfragen Meinungsverschiedenheiten bestehen, versteht sich von selbst. Um so bemerkenswerter ist es, daß man über diese Meinungsverschiedenheiten hinweg zu einem einheitlichen politisch-praktischen Verhalten gekommen ist. Ob das in Preußen gefundene Kompromiß einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem Keudellschen Entwurf darstellt, wird man erst beurteilen können, wenn der Wortlaut vorliegt.

Dringen die Vorschläge Preußens im Reichsrat durch, so steht die Reichsregierung vor der Entscheidung, ob sie den Reichsratsbeschlüssen beitreten oder eine Doppellostlage einbringen will. Auf alle Fälle stehen interessante Auseinandersetzungen bevor. Die Handlungsfreiheit der Fraktionen des Reichstags wird durch das preußische Kompromiß nicht berührt.

Hindenburg und Zentrum.

Kritik an Marx.

Der Tannenbergsfeier und der Ansprache Hindenburgs wohnte der Reichskanzler bei. Er nahm das Wort nicht, sondern ließ den Reichspräsidenten die Unschuld des kaiserlichen Deutschland am Weltkrieg behaupten. Das war eine Drückebergerei der politisch verantwortlichen Reichsleitung. Sie wird dem Reichskanzler in den eigenen Parteifreien verdacht. Das Frankfurter Zentrumsorgan, die Rhein-Mainische Volkszeitung, setzt sich in einem Artikel mit der Tannenbergsfeier auseinander, die sie schärfster Kritik unterzieht, um sich dann gegen Schluß der Zulassung der Rede Hindenburgs durch Reichskanzler Marx zuzuwenden. Es heißt da u. a.:

Ganz abgesehen aber von den außenpolitischen Schwierigkeiten und Verstimmungen, die die Tannenbergsfeier jetzt unnötigerweise nach sich zieht, ist es eigentlich eine unwürdige Sache, daß man den Reichspräsidenten in Dispreußen jagen läßt, was die

sage der französischen Gesellschaft umzustürzen; was Karl X. tun konnte, war, daß er den gierigen Aristokraten eine Milliarden Entschädigung in den Rücken warf. So auch wäre es ein Übel, durch Spruch eines Schiedsgerichts dem rumänischen Bauern die Scholle zu entreißen, durch die er seit 1918 als Eigentümer den Pflug führt; dahinter stände die blutige Revolte der Heugabeln und gradgeschmiedeten Senen. Nicht minder undenkbar wäre eine Entschädigung zum vollen Wert, die in die Milliarden gehend, um ein Mehrfaches das Jahresbudget des rumänischen Staates überstiege und vor allem den enteigneten Großgrundbesitzern rumänischer Nationalität das Wasser im Rande nach ähnlichem Benefiz zusammentriebe.

Eine Ahnung von diesem Problem mag dem Dreierauschuß des Völkerbunds unter Chamberlains Vorsitz trotz seiner Beschränkung auf das formaljuristische Aufgedämmert sein, da seine Entscheidung in der Frage des Erfährers den Ungarn recht gibt, aber in der Sache selbst den rumänischen Standpunkt teilt, denn sie stellt fest, daß die Friedensverträge einer allgemeinen, auch auf ungarische Staatsbürger auszudehnenden Agrarreform nicht im Wege stehen. Schließlich hat nach manchem Hin und Her der Völkerbundsrat, getreu seiner Pflanzgenheit, folgen schwerer Entschlüsse möglichst auszuweichen und zwischen Klippen zu laudieren, beiden Parteien den Bericht des Dreierauschusses als „Grundlage zu neuen Verhandlungen“ empfohlen. Bericht auf Dezember!

Auffallend blieb bei allem die Verständnislosigkeit der öffentlichen Meinung Deutschlands. Daß die schwarzweihrote Presse allemal mit dem von Blut und Schmutz triefenden Ungarn Horthis durch Dick und Dünn geht, versteht sich am Rande, aber auch die demokratischen Blätter verstiegen sich zu Lobsprüchen für den „ehrwürdigen Greis“ Apponyi, der doch im Juli 1914 den Beginn des großen Gemehls mit einem erleichterten „Endlich!“ begrüßt hatte und ganz und gar Fleisch vom Fleisch, Geist vom Geist der mittelalterlichen magyarischen Herrenrasse ist, und sanden guten Glaubens „alles moralische Recht“ auf Ungarns Seite. Auch Herr Stresemann, als er ein mehr deklamatorisches Scherflein beisteuerte, verkannte, daß hier nicht juristische Formalien zur Erörterung stehen, sondern große geschichtliche Entwicklungsvorgänge, über die der Amtsrichter Müller I. nicht zu befinden hat. Maxima non curat praetor!

Die Tschechei gegen Aufhebung der Bodenreform.

Prag, 21. September.
Bei der Beantwortung einer Interpellation befahte sich Außenminister Dr. Beneš mit den Klagen der Großgrundbesitzer fremder Staatszugehörigkeit gegen die tschechoslowakische Bodenreform. Bei dem tschechoslowakisch-deutschen Schiedsgericht seien im ganzen zwölf Klagen, bei dem tschechoslowakisch-ungarischen Bericht bisher 56 Klagen eingebracht worden. Zahlreiche Klagen, in denen die Kläger deutscher und ungarischer Staatszugehörigkeit die Zurückgabe ihrer nach dem tschechoslowakischen Bodenreformgesetz beschlagnahmten Liegenschaften und Schadenersatz verlangen, würden nach folgen. Der Vertreter der Tschechoslowakei bei den Schiedsgerichten habe auf die Unzulässigkeit der gemischten Schiedsgerichte für die Behandlung der Klagen hingewiesen.

Neue Titelseuche?

Was beabsichtigt die Bürgerblock-Regierung?

Ranhe Kreise, die die früheren Herrlichkeiten nicht veressen können, haben große Sehnsucht nach der Wiedereinführung von Titeln und Orden. Die Deutschnationalen glauben überdies, an Stelle eines auskömmlichen Beamteneinkommens Titel setzen zu können und die Beamtenschaft dadurch satt zu machen. Die Weimarer Ver-

fassung hat bekanntlich die Titel abgeschafft und kennt nur noch Amtsbezeichnungen. Diese Amtsbezeichnungen sind durch das Besoldungsgesetz festgelegt worden und können auch nur durch eine Gesetzesänderung abgeändert werden. Nur Bayern macht eine Ausnahme und hat aus eigener Machtvollkommenheit den „Kommerzienrat“ wieder eingeführt und den „Arbeitsrat“ und „Gewerberat“ hinzugefügt.

Die bürgerliche Reichsregierung sieht dieser Verfassungsverletzung nicht nur untätig zu, sie hat offenbar auch die Absicht, dem Beispiel Bayerns zu folgen und die alten Zustände wieder herbeizuführen. Die Titelseuche soll wieder grassieren. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte schon vor kurzem, die Regelung der Amtsbezeichnungen solle unmittelbar anschließend an die Besoldungsreform stattfinden. Diese Neuherstellung war sehr vorsichtig. Man konnte gegen sie kaum etwas sagen.

Der Reichsinnenminister v. Reubell ist jetzt in Königsberg offener gewesen und hat vor der deutschnationalen Beamtenschaft (sicherlich aus der Schule geplaudert: denn nach Presseberichten erklärte er, daß das Reichsministerium dem Reichspräsidenten eine Vorlage über die Amtsbezeichnungen im Anschluß an die Besoldungsregelung überreichen werde. Hieraus folgt, daß die Amtsbezeichnung nicht mehr durch Gesetz geregelt werden sollen, sondern daß der Reichspräsident das Recht erhalten soll, von sich aus die Amtsbezeichnungen zu bestimmen! Das würde selbstverständlich einschließen, daß er auch Titel nach Gutdünken verleihen kann. Dafür, daß die Verfassung verletzt wird, dürften gemiegte Verwaltungsjuristen schon eine Ausrede finden. Was Bayern vermag, kann das Reichsministerium in Berlin auch. Wir legen schon heute gegen diese Absichten schärfste Verwahrung ein und müssen darauf bestehen, daß die Amtsbezeichnungen auch künftighin durch das Besoldungsgesetz geregelt werden. Titel aber gibt es nach der Verfassung nicht!

Im übrigen hat Herr v. Reubell in Königsberg unsere gestrige Meldung bestätigt, daß die Besoldungsvorlage vom Kabinett entgegen der offiziellen Mitteilung noch nicht endgültig verabschiedet ist und daß noch starke Differenzen bestehen.

Wie wir weiter erfahren, sind die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft zu heute nachmittag zum Reichsfinanzminister geladen, um mit diesem über die Vorschlagszahlungen zum 1. Oktober zu beraten.

Hindenburg überwestarpt!

Auf dem deutschnationalen Parteitag.

Heute vormittag wurde in Königsberg der deutschnationale Parteitag eröffnet. Westarp hielt die Eröffnungsansprache. Er suchte dabei den Reichspräsidenten zu übertrumpfen, indem er erklärte:

Auf der Straße von Tannenberg habe der Reichspräsident noch einmal Zeugnis dafür abgelegt, daß das deutsche Schwert, nur zur Verteidigung des durch eine Welt von Feinden angegriffenen Vaterlandes gezogen, rein geblieben sei, daß alle jene Behauptungen von deutscher Kriegsschuld und deutschen Kriegsgreueln un wahr seien, erdichtet zu unserer Verurteilung. Hier habe nicht nur der Reichspräsident als Vertreter des deutschen Volkes gesprochen — und es habe not getan, daß Deutschland aus amtl. Runden sprach — sondern der Mann, dessen 80jähriges Leben klar und rein vor den Augen der Menschheit liege, dessen Name über allen Zweifel erhaben, dessen Persönlichkeit und Charakter allüberall in der Welt in höchstem Ansehen stehe. Das werde überall, diesseits und jenseits der Meere, verkünden und gehört werden, wo der Ruf nach Wahrheit und Gerechtigkeit nicht leere Redensart, sondern ernst und ehrlich gemeint werde. Des Reichspräsidenten tatkräftiges Eintreten für die Reinheit der deutschen Ehre sei eine Tat.

Um diese deutschnationale Vergrößerung der Hindenburg-Rede noch zu unterstreichen, wurde dem Reichspräsidenten ein Huldigungstelegramm (ganz wie zu Wilhelms Zeiten) gefandt!

Dann begann Westarp seine Rede über „Unser Weg zur Macht in Reich und Ländern!“ Er beabsichtigt, die Halb- und Halb-Theorie wissenschaftlich zu begründen...

Hochseefischer im Hafen.

Von Helmut Hängsche.
Ungeheuerhaft liegen die ans Band gezogenen Rähne am Ufer. Geschäftige Hände arbeiten an ihrem Kumpf, stopfen Hanf in die Rigen, sägen, hämmern. Die Seeluft riecht teerig. Eines Tages glüht das Rennigerot am unteren Schiffsteil.
Im stilleren Wasser des kleinen Hafens liegen einige Fischerbarken fahrbereit. Es sind keine einheimischen. Der Sturm hat sie in die etwas geschütztere kleine Bucht gezwungen. Nun trachten sie wieder auf neuen Fischzug. Von den Masten hängen die Rege herab. Ihr feines Gitterwerk umspinnend einen Mann am Heck, der lächelnd in das grüne Wasser sinnt. Aus der kleinen überdachten Ecke ringelt sich violetter Rauch.
Um alle diese Rähne liegt Ruhe und Behaglichkeit, springt uns aber auch etwas vom Wesen ihrer Eigentümer an: jeder Kahn ist schon von anderer Farblichkeit. Dieser weiß mit grünem Aufschlag, da ist selbst die schmale Kaulsteife noch mit einem gelben Ton bedacht worden. Bei manchen sind die Scheiben der hinteren hochgezauten Kajüte, in deren Innern sich die Steuerung und der kleine Deimotor befindet, ganz blank gepuzt. So blislauber sind sie, daß sich in einem etwas gegen ein braunes Brett gehaltenen Fenster das ganze Nebeneinander von Schiffsteibern, Masten, Regen, Ankern und Seilen in einem ungetrübten und sinnigen und hübschen Bild spiegelt.
Die meisten Fischer sind beschäftigt. Mit dem Fischen von Regen, dem Delen ihrer Kleider, dem Scheuern des Bootsdeckes. Gelassen und friedlich fliegt ihre Arbeit hin. Mit der gleichen zeitüberdauernden Gründlichkeit, mit der sie Priem tauen und wieder ausspuden, ziehen sie die hölzernen Spulen durch das zerschliffene Gespinnst der Rege, schrumpfen sie mit dem Besen über Deck. Es ist noch Arbeit, die unter Rede und Widerrede getan werden kann, deren primitives Werkzeug nicht übermäßige Hast und Schnelligkeit erlaubt und wünscht. Sie drehen noch die hanfenen Reinen auf hölzerne Winden. Nur der Deimotor pumpert mit sanfter Ironie an das Maschinenzeitalter.
Das alles ist noch ausgeprägter bei den Fischern dieses Fleckens, deren Dasein auch noch nicht sein einschläferndes Glutchen umbämmert. Die „Fischer-Compagnie“ gibt ihnen nach väterlichen Grundfähen Arbeit und Gewinn. Selbst am abendlichen unter der Masse dieser Fischer zu stehen und in ihre von Kinnbärten umstoppelten Gesichtern zu sehen. Der von ihnen gewählte Auktionator spricht ihnen aufmunternd und lachend zu. So geschieht es an jedem Tag: aus einem großen Trog werden die glühenden Leiber der Fische, der Ertrag des täglichen Fanges, auf den grünen Kolen zu gleichen Haufen gemorren. Der Auktionator hebt den Preis fest und aus der unbewegten schwerfälligen Menge tönen zaghaft die Stimmen der Bietenden, aus denen trotz alledem die Härte dringt, mit der sie um den mozeren

Ertrag kämpfen. Der hölzernen Hammer fällt auf die Schiefertafel, und der Rame des Käufers mit der Summe seines Gebotes wird darauf verzeichnet. Verhungerte zerarbeitete Hände raffen den verzaubert glühenden Haufen der Fische in einen braunen Sack. Morgendlich erklingt dann wieder das langsame melancholische Arbeitsgesang, noch dessen Takt die lange Reihe der Fischer die Rege durch den Leertrog zieht, die Fischstangen ins Meer rammt, bald auch das Boot mit dem mennigeroten Unterleib dem Wasser zurollen wird. Schauerlich ist dieser Gesang, wenn er sich an diesen herblichen Tagen mit dem Ruf des Rebellhorns mischt...

Jeden Abend wiegt die Klage einer Ziehharmonika. Aus dem Schummer der Strohhütten glühen nur die Fenster des Wirtshauses noch lange in die Nacht.
heute tönt eine Ziehharmonika schon zu früherer Stunde, lauter, schneller. Was ist da los?

Fremde sind wieder angekommen. Zwei größere fähierne Fischkutter haben neben ihren kleineren Brüdern angelegt, die ganz verschüchtern und verängstigt an die beiden breiten Untertische lehnen. Sie sind an stählernen Trofsen befestigt. Von dem weichen Fahnenmast weht heiter eine fremde Fahne in die schillrige Luft.

Die Frauen des Vores drängen sich hinzu. Unter dem Druck auf einen Hebel windet sich rasselnd der Deckel des Fischkastens an einem Flaschenzug empor. Ein dicker Mensch tanzt nach dem Takte der Ziehharmonika und unter dem Wiehern der Weiber. Lachend zeigt ein langer hagerer Mann mit blonden Haaren den Stauenden am Ufer die dicken platten Hündern. Was ist das für ein Segen, der sich im Regen dieser Rähne verbirgt?

Die fremden Männer reichen eine Flasche im Kreis, klumpen mit dem Gele.
Am Abend lärmt man lauter im Wirtshaus als sonst. Seine beiden Lampen glühen wieder als einzige durch leichten Nebel...

Ich stehe mit ein paar alten Fischern am Hafen, betrachte die beiden Kutter, die jetzt wie eine Bison erscheinen. In ihrer schwarzlichen Größe erdrücken sie die kleinen Barken. Ein einziger junger Mensch steht noch auf ihnen im Scheine einer hochgezogenen elektrischen Lampe. Er hält in der einen Hand einen Stab, in der anderen ein rotes Talschentuch, mit dem er sich den perlenden Schweiß von der Stirn wischt. Dann wirft er in Gedanken den Stab in die Luft, fängt ihn wieder auf.

Die alten Fischer lächeln verständnisvoll zu dem Wirtshaus, wenn dort der Dampf anschwillt. Dann sehen sie wieder liebevoll und interessiert zu den kleinen Barken, mißtrauisch zu den großen Fischkuttern.

Der junge Mann unter der Lampe setzt eine Weile sein Spiel fort. Er hört auf den Dampf, der durch die verschwommenen Gassen schipper. Plötzlich knüpft er das Talschentuch an den Stock, immer noch in tiefen Gedanken.

Er lächelt ermahend zu den Alten am Ufer, die verständnislos und ablehnend die Rotorankerwinde ansehen, wird ernst, als das

Reichskonferenz für Kommunalpolitik.

Organisation der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

In Magdeburg sind die kommunalpolitischen Vertreter der Sozialdemokratischen Partei zu der 2. Reichskonferenz zusammengetreten. Die Tagung begann mit einer nicht öffentlichen Sitzung in dem festlich geschmückten kleinen Saal der Stadthalle. Der Oberbürgermeister Genosse Beims begrüßte die zahlreich erschienenen Vertreter der sozialdemokratischen Gemeindepolitik. Genosse Ferk überbrachte die Grüße der Parteioberleitung Magdeburg-Anhalt.

In einem großangelegten Referat schilderte dann Genosse Stelling die Formen, in denen die übrigen politischen Parteien ihre kommunale Arbeit organisiert haben. Anschließend unterzog er die bisher von der Sozialdemokratischen Partei auf diesem Gebiete geleistete Organisationsleistung einer kritischen Würdigung. Daß ein enger Zusammenschluß der in den Gemeindevertretungen für die Partei wirkenden Genossen erforderlich ist, geht bereits aus der Tatsache hervor, daß heute über 45 000 Genossen in der kommunalen Arbeit tätig sind und daß sie selbst in den Verbänden der Städte und Gemeinden einen großen Einfluß ausüben. Die kommunalpolitischen Interessen der Partei sind entsprechend dem Beschluß des Kieler Parteitages im Reichsausschuß für Kommunalpolitik zusammengefaßt worden. Jetzt kommt es darauf an, diese in vielen Teilen des Reiches bestehenden kommunalpolitischen Organisationen einheitlich auszubauen, wobei eine enge Zusammenarbeit mit den Parteinstanzen gewährleistet sein muß.

Am das Referat schloß sich eine lebhaft und ausgiebige Diskussion, in der Redner aller Landesteile, die bisher gemachten Erfahrungen austauschten und Vorschläge für die Organisation der kommunalpolitischen Arbeit machten.

Wählt nicht im Vergangenen!

Amerika zur europäischen Kriegsschulddebatte.

New York, 21. September.
„Evening World“ vergleicht die beiden am Sonntag gehaltenen Reden von Hindenburg und Poincaré. Beide hielten bedeutungsvolle Ansprachen. Hindenburg gab keine wichtigste Erklärung seit dem Kriege ab. Es war natürlich, daß jeder dem Heldentum der auf seiner Seite Gefallenen seinen Tribut sollte, denn Helden gab es auf beiden Seiten. Beide jedoch erachteten es für angebracht, die Kriegsschuldfrage aufzuwerfen. All dies ist wertlos und nur dazu geeignet, den Tag vollkommener Ausöhnung zu verschieben. Die Zeit und nicht die Generation, die den Krieg mitmachte, wird das letzte Wort über diesen Gegenstand haben. Es ist durchaus möglich, daß, wenn alle Archive geöffnet und die Akten genau geprüft werden, sich ergibt, daß wenige Staaten standlos waren. Es ist sicher lächerlich zu erwarten, daß eine Seite die Schuld am Kriege jetzt oder später zugeben wird. Der Krieg ist verüber, laßt uns Frieden haben! Dies ist nicht die geeignete Zeit, um Streitfragen aufzuwerfen. Die Szene, die sich kürzlich im Völkerbund abspielte, als Briand und Stresemann Komplimente austauschten, war der Schaffung einer verständlichen Atmosphäre förderlicher als die Reden, in denen Hindenburg und Poincaré in einer Feinddebatte über die Kriegsschuld den Krieg fortsetzten.

Der Handel sei normal!

London, 21. September.
Der Minister des Innern Johnson Hicks sagte gestern in einer Rede, russische Spione und politische Agenten würden in England nicht mehr geduldet. Aber zahlreiche Russen, gegen die keine Verdachtsgründe vorlägen, seien noch wirtschaftlich in England tätig, und der Handel zwischen England und Rußland gehe vollkommen befriedigend weiter.

Die französische Kammer tritt am 18. Oktober wieder zusammen.

Löhnen anschwillt, und betrachtet schließlich sein gedankenlos erstandenes Werk in der Hand.
Dann hebt er die improvisierte Fahne in Schulterhöhe, weht mit ihr hin und her, her und hin.

Der Mond steigt im Rebel empor. Die Alten wanken dem Wirtshaus zu.
Nur der junge Mensch bleibt zurück als Wächter in der Nacht...

Reichsschulmusikwoche in Dresden. Auf der vom sächsischen Ministerium für Volksbildung und dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in der Zeit vom 3. bis 8. Oktober in Dresden veranstalteten 6. Reichsschulmusikwoche werden außer den Hauptvorträgen an den Vormittagen, für die die ersten Fachautoritäten der Pädagogik, Musikverziehung und Musikwissenschaft zugesagt haben, zum ersten Male auch Sektionskungen mit Vorträgen in den Nachmittagsstunden stattfinden, die Gelegenheit geben sollen, über die Fragen der Stimmung, und Sprechbildung, der Konzentration der Unterrichtsfächer, der Verwendung von Radio und Schallplatte im Unterricht Klärung zu schaffen. Von den künstlerischen Veranstaltungen ist eine Reueinspielung der Mozartschen Oper „Così fan tutte“ (Generalmusikdirektor Busch) im Sächsischen Staatstheater, ein Konzert des Dresdener Lehrergesangsvereins und der ehemaligen Hofkapelle, sowie ein Wiederabend (Dirig. v. Schuch und Staegemann) hervorzuheben.

Museumsneubau für München. Die Stadt München hat vor einiger Zeit, als ihr das Erbe des Lenbach-Hauses und seiner Sammlungen zufiel, Dr. Eberhard Hanfstaengl zum städtischen Kunstpfleger ernannt und eine städtische Gemäldesammlung dort durch ihm aufzubauen beschlossen. Neben dem Lenbach-Hause wächst nun der Neubau dieser städtischen Gemäldegalerie, die ihren Sammelbezirk gegen den staatlichen Sammlungen abgegrenzt hat, aus dem Boden. Das neue Haus wird auf die Lenbachsche Villa und ihren schönen Garten Rücksicht nehmen, eine Verbindung der beiden Obergeschosse wird von der alten in die neue Galerie führen. Die Kosten des Neubaus und der Arbeiten am Lenbach-Hause sind auf etwa 600 000 M. veranschlagt.

Neue Jahrbücher in Berlin-Charlottenburg. Für den Bau von drei großen Jahrbüchern in der Sonnenstraße in Charlottenburg hatte das Bezirksamt Charlottenburg einen engeren Wettbewerb unter mehreren hervorragenden Architekten veranstaltet. Es hat nun beschlossen, mit Professor Helmich Lessing wegen der weiteren Durcharbeitung seines Entwurfs in Verbindung zu treten.

Ein Denkmal für Hobbes Duncan. Aus Waller Kunstkreisen hat sich ein Komitee gebildet, das für ein Denkmal Hobbes Duncan, das durch Bourbelle ausgeführt werden soll, werden will. Zunächst sind für diesen Zweck Gala-Abende in der Oper, Komischen Oper und im Theater Champs-Élysées vorgesehen.

Kaufhaus aus Kalifornien. Ein amerikanischer Chemiker Dr. C. Wischmann aus Los Angeles überträgt die Welt mit der Mitteilung, daß man aus dem wilden Kalifornien durch ein von ihm erundenes Verfahren Kaufhaus gewinnen kann, und zwar soll es auf diese Weise möglich sein, den gesamten Bedarf der Vereinigten Staaten zu decken, trotz der gemäßigten Ansprüche, die durch die Entwicklung der Automobilindustrie gestellt werden.

Paris legt Moskau nahe . . .

Wird Rakowski „im Interesse der guten Beziehungen“ geopfert?

Paris, 21. September. (Eigenbericht.)

Dem „Matin“ zufolge ist bereits am Sonnabendabend, also am selben Tage, an dem hier der Ministerrat stattfand, von dem französischen Botschafter in Moskau eine Demarche bei Tschitscherin unternommen worden, um der Sowjetregierung nahezu legen, daß die Abberufung des Botschafters Rakowski von der französischen Regierung begrüßt würde, da er nicht der geeignete Mann sei, um die beginnenden Verhandlungen über einen gegenseitigen Nichtangriffspakt zu führen.

Blutige Begrüßung.

Unruhen beim Empfang der amerikanischen Frontkämpfer.

Paris, 21. September. (Eigenbericht.)

In Besançon ist es am Montag gelegentlich eines Festes zu Ehren der amerikanischen Legion zu blutigen Zwischenfällen gekommen. Eine große Anzahl von Kommunisten hatten sich auf dem Platz der Stadt versammelt. Die Polizei versuchte sie auseinanderzutreiben und verhaftete bei der Gelegenheit einen ihrer Führer. Dieser wurde in dem Polizeikommissariat untergebracht. Die erbitterte Menge versuchte das Kommissariat zu stürmen. Die Polizei war machtlos. Es mußte Gendarmerie und eine Abteilung des 4. Artillerieregiments herangezogen werden; es gelang in den Abendstunden den Platz zu säubern. 17 Verhaftungen wurden vorgenommen. Etwa ein Dutzend Manifestanten und Soldaten wurden verletzt.

Auf dem Wege der Sklavenbefreiung.

Eine Viertelmillion soll in Westafrika frei werden.

London, 21. September.

Dem gesetzgebenden Rat von Sierra Leone (Westafrika) wird auf Veranlassung des britischen Kolonialamts eine neue Verordnung zur Genehmigung unterbreitet werden, die darauf abzielt, zwischen 200 000 und 300 000 Sklaven zu befreien. Die Gesamtbevölkerung dieses britischen Protektorats zählt anderthalb Millionen.

Wer ist da wohl begeistert?

Seller Jubel in Spanisch-Marokko: das Königspaar kommt!

Madrid, 21. September. (Amtlich.)

Nach Blättermeldungen aus Melilla herrscht unter der Bevölkerung große Begeisterung über den bevorstehenden Besuch, den das spanische Königspaar der spanischen Protektoratszone abstatten wird. Königin Victoria wird bei dieser Gelegenheit der spanischen Fremdenlegion feierlich eine Fahne überreichen.

Anders als in Tannenberg. Der Stadtrat von Kaslo (Grafschaft Derby) beschloß, die als Kriegsandenken aufgestellten deutschen Kanonen zugunsten der Witwen und Waisen zu verkaufen, da Kriegserinnerungen keine Attraktion mehr bilden.

Die Mode von Berlin.

Seute Eröffnung der Ausstellung im Junthaus.

Die große Berliner Konfektion ist jetzt in das Junthaus am Kaiserdamm gezogen. Die Halle, die bis vor kurzem noch dem geräuschvollen Radiogerät eine Heimstatt bot und die aus hundertern von Lautsprechern Töne in Bündeln hinausstrahlende, zeigt jetzt Stoffe in allen Farbtönen. Die Decke ist in duftige blaue Schleier gehüllt, die große Halle selbst ist erfüllt von jenen Dingen, die man in den Schaufenstern der Konfektionsgeschäfte in ähnlicher Aufmachung zu sehen kriegt. Viel duftige und kostbare Gewebe der Textilindustrie sind in Massen zu sehen. Es ist alles ein bißchen zu sehr auf großen Luxus gestellt und man hätte vielleicht gewünscht, daß auch das weniger Kostbare in Erscheinung tritt.

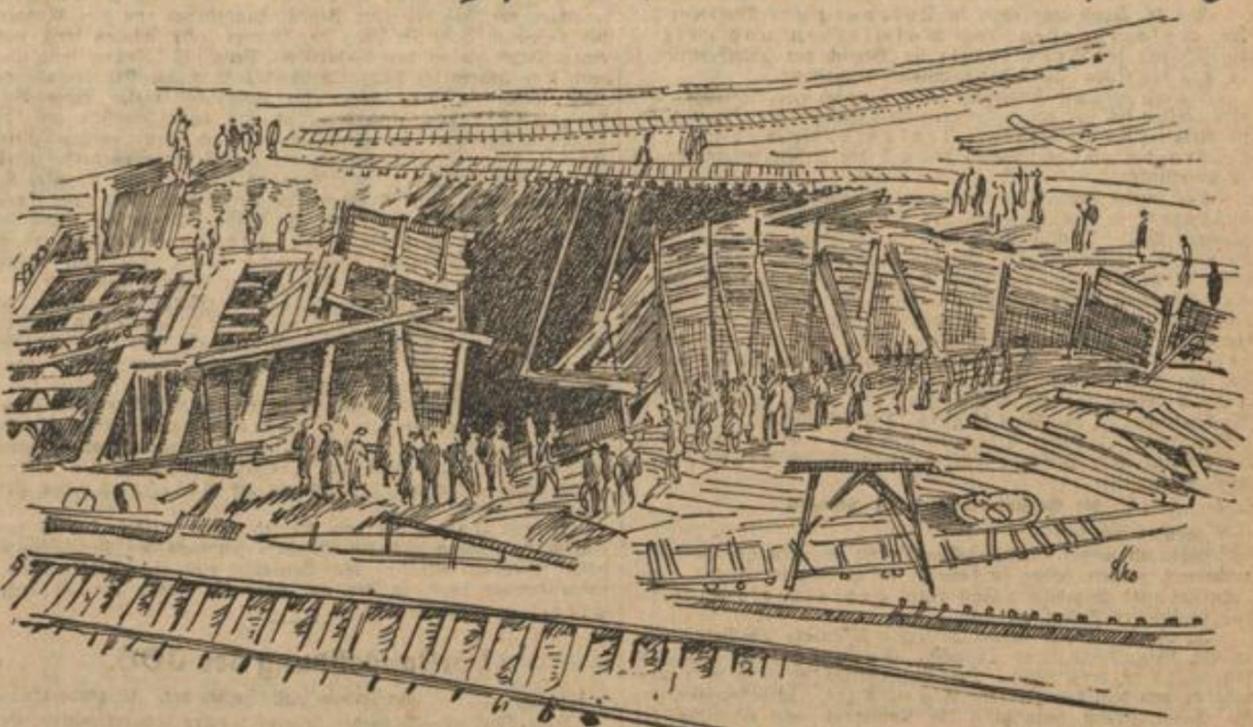
Die Ausstellung ist veranstaltet vom Reichsverband der deutschen Modeindustrie und dem Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin. Sie bleibt bis zum 18. Oktober geöffnet und soll nach der Meinung ihrer Veranstalter hauptsächlich dem Zweck dienen, die Erkenntnis durchzuweisen: die deutsche Modewirtschaft hat das Recht zu weltwirtschaftlicher Geltung, wenn ihre Leistung sich weiterhin auf Qualität und Geschmack gründet. Ferner verfolgt man mit der Ausstellung den Zweck, das angebliche Vorurteil des laufenden Publikums gegen ausländische Modeerzeugnisse zu bekämpfen. Dabei will man aber nicht etwa den internationalen Charakter der Mode in eine sogenannte „deutsche Mode“ umprägen. Die Modeindustrie sieht eine gewisse Gefahr in den Bestrebungen, die Kleidung zu normalisieren. Und es muß zugabegeben werden, daß die Ausstellung diese Gefahr vermeidet, denn sie ist reichlich bunt und mannigfaltig und es gibt kaum zwei Kleider, die einander sehr ähnlich sehen. Aber die Gefahr besteht trotzdem, denn gerade das billige Genre wird in der Massenherstellung imitiert, und davon zeigt die Ausstellung nichts. Man will ferner den Beweis erbringen, daß die Pariser und französischen Erzeugnisse den deutschen nicht überlegen sind, daß die deutsche Mode sich aber den Anregungen der Pariser Mode anpaßt. Aus diesem Grunde ist die deutsche Samt- und Seidenindustrie besonders stark vertreten und man stellt die Kreideler Erzeugnisse bewußt in den Konkurrenzkampf mit den französischen. Ähnlich verhält es sich mit der reich vertretenen Parfümerieindustrie.

Die Galerie des Hauses im Obergeschloß zeigt in sehr hübsch gestellten Bildern die Kopfschmerzen, die die Dame von „Morgens bis Mitternacht“ hat. Das ist natürlich alles vom Standpunkt der Leute aus gesehen, die keine weiteren Sorgen haben, und wirkt in der Verallgemeinerung doch ein bißchen zu ausfällig. Die Dame, die sich hier in 34 Stappen durch den Tag schlängelt, hat in der Tat nichts anderes zu tun, als sich darum zu sorgen, wie man sich anzieht, resp. amalt. Die Frau ist vollständig zur Puppe geworden und das wirkt in hohem Maße entstellend. Es ist im übrigen amüsant, zu sehen, wie in dem offiziellen Ausstellungskatalog gewissermaßen nach Entschuldigungen gesucht wird, um diesen übertriebenen Luxus zu erklären. Das geschieht manchmal recht mißfällig, denn es ist eben nur möglich, allgemeinerwirtschaftliche Gründe dafür stellen zu lassen.

Zus Anlaß der Modeausstellung wird eine ganz amüsante Revue in 22 Bildern mit einer Musik von Hugo Hirsch im Theateraal des Junthaus gespielt. Wenn man davon absieht, daß auch hier die Frau als dumme und verwöhnte Puppe des Mannes behandelt wird, gibt es ein paar Szenen von scharfer Satire, die sich auch in das Politische hinüberwagt. So z. B. wenn Siegfried Arno von der Politische für alles Fremdländische erzählt und dabei erwähnt, daß wir wohl die Fahnen aller Länder hissen, aber nicht die eigene. Das wurde mit ostentativem Beifall aufgenommen. Die Revue ist leider etwas zu langsam geraten und Streichungen wären sehr angebracht.

Wenn sich die Modeangelegenheiten des Mannes auch nicht in solch prunkhaft ausgebauten Formen bewegen, wie die der Frau, so gibt es doch auch für den Mann einen modischen Saisonwechsel.

Drittes Todesopfer beim Tunneleinbruch



An der Unglücksstelle.

Das schwere Einsturzungsglück in Charlottenburg hat noch ein drittes Opfer gefordert. Die erste Annahme, daß unter den Sandmassen kein weiterer Arbeiter begraben sei, hat sich selber nicht bestätigt. Beim Forträumen der Balken und Holzteile stießen die Arbeiter auf einen weiteren Toten. Im nächsten Augenblick rutschten jedoch erhebliche Sandmassen nach, so daß die Arbeiter weitere Bergungsversuche, um nicht selbst verschüttet zu werden, aufgeben mußten. Versteifungen, die provisorisch angebracht wurden, hielten dem Druck der nachstürzenden Sandmassen nicht stand und so wurde die Leiche abermals verschüttet. Nach den Ermittlungen handelt es sich bei dem Toten um den Arbeiter Ernst Rößing, dessen Wohnung noch unbekannt ist. — Das Befinden des schwerverletzten Arbeiters von Kun, der in das St. Hildegard-Krankenhaus übergeführt wurde, ist zufriedenstellend; es besteht keine Lebensgefahr mehr. — Inzwischen ist es auch gelungen, die Personalien des getöteten Arbeiters, dessen Name gestern nicht mehr festgelegt werden konnte, zu ermitteln. Es handelt sich um den Zimmermann Richard Böge aus der Kolonie Westend, Laube 109.

Die Aufräumungsarbeiten wurden während des gestrigen Nachmittags fortgesetzt und bis in die Nachtstunden hinein mit größter Beschleunigung betrieben. Gegen 6.50 Uhr waren die

Aufräumungs- und Absteifungsarbeiten so weit gediehen, daß der Stadtbahnverkehr, der bis dahin einseitig durchgeführt werden mußte, wieder in vollem Umfang aufgenommen werden konnte. — Die Schuldfrage ist noch immer nicht einwandfrei geklärt. Es wird immer wieder betont, daß die Regenmengen, die in den letzten Tagen niedergegangen sind, die Absteifungen unter spült haben, so daß die eisernen T-Träger dem gewaltigen Druck der Sandmassen nicht mehr stand hielten. Unter Berücksichtigung dieser Annahme bleibt trotzdem unerfindlich, warum die Bauleitung, als sich bereits in den Vormittagsstunden verdächtige Geräusche in den Spundwänden bemerkbar machten und mehrere Arbeiter ihre Bedenken darüber äußerten, den Tunnelstich nicht sofort räumten ließ. Durch diese Fahrlässigkeit mußten drei junge Arbeiter ihr Leben lassen. Mit der Ausnahme des Befundes und der Ermittlung der Ursache des Einsturzes hat sich alsbald auch die Charlottenburger Kriminalpolizei beschäftigt. Die Angelegenheit wird der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, konnte in den frühen Nachmittagsstunden auch der dritte Tote geborgen werden. Seine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauspielhaus gebracht.

Einsturz eines Funkturmes in Seltow.

Vom Sturm vernichtet.

Auf dem Seltower Jungferngelände, wo seit Anfang August fünf neue Türme für drahtlose Fernphotographie von einer Berliner Firma errichtet werden, stürzte heute nacht einer der drei bereits fertiggestellten Türme trotz starker Absteifung zusammen. Die Ursache des Einsturzes wird auf den starken Sturm zurückgeführt. Da an einem anderen Turm in der Höhe ebenfalls bedeutende Schwankungen sich bemerkbar machten, wurden die umliegenden Gerätehäuser geräumt.

Beim Spielen unter ein Auto geraten. Dienstagnachmittag ereignete sich in der Bahnhofstraße zu Bohnsdorf ein bedauerliches Unglücksfall. Hier spielte auf der Straße der siebenjährige Sohn des Genossen Wäcker mit anderen Kindern. Sie liefen dabei auf den Fahrdamm. Der Junge geriet unter ein vorüberfahrendes Personenauto und wurde schwer verletzt. Der Chauffeur brachte den Verunglückten mit seinem Wagen nach dem Krankenhaus.

Im Ringbahnzug überfallen. In der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr wurde eine 29 Jahre alte Hausangestellte, die in Schöneberg einen Ringbahnzug bestiegen hatte, im Zuge von einem Mann überfallen und vergewaltigt. Sie hatte anfänglich allein in einem Abteil gesessen. Der Täter, ein 30 Jahre alter Dreher Georg St., wurde bei der Ankunft des Zuges auf dem Potsdamer Bahnhof festgenommen.

Gährungslose Früchteverwertung. Wie man aus Obst Säfte und Weine herstellt, ohne daß durch alkoholische Gärung die Nährstoffe und Nährsalze verloren gehen, wird Frau Bezirksverordnete Drehsing am Donnerstagabend 7 Uhr im Heim Wiesenstraße 52 in einer Versammlung des Arbeiter-Abstinenzbundes praktisch vorführen. Die Frage ist auch für den Arbeiterhaushalt recht wichtig. Besonders die Genossinnen dürften manches Nützliche dort erfahren. Köffel zum Probieren mitbringen!

Die Berliner Aufklärungswoche zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 20. bis 30. September bringt 50 öffentliche Vorträge von Ärzten und Sozialpolitikern über folgende Themen: „Geschlechtskrankheiten und Rauchtommenshaft“, „Geschlechtskrankheiten und Arbeitskraft“ und „Neue Wege in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“. Die Vorträge sind mit Vorführungen aus den Filmen „Falsche Scham“ und „So ist das Leben“ verbunden. Eintritt frei. Veranstaltet wird die Aufklärungswoche von dem Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin, der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsträgern Groß-Berlins und der Berliner Mergelschaft.

Nowawes. Heute abend 8 Uhr im Eisenbahnhotel Mitgliederversammlung.

Der Flug Koennedes.

Belgrad überflogen.

Belgrad, 21. September.

Der Flieger Koennede überflog Belgrad nach Mitternacht. Da die Direktion des Flughafens nicht verständigt worden war, wurde der Flughafen erst im letzten Augenblick betriebl. Das Flugzeug setzte nach einigen Kunden seinen Weg nach Südosten fort. — Seitdem fehlen weitere Nachrichten.

Das Adeneseekraftwerk wurde am Dienstag, dem 20. September, unter großen Feierlichkeiten, an denen sowohl Vertreter der österreichischen als auch der bayerischen Regierung teilnahmen, eröffnet. Bei der Festlichkeit, die aus diesem Anlaß stattfand, wurde betont, daß durch dieses Werk ein neues Band zwischen Deutschland und Österreich geknüpft sei. Das neue Großkraftwerk arbeitet zusammen mit den bayrischen Großwasserkraftwerken.

Das Modeamt der Hut- und Mägenbranche zeigt für den Herbst und Winter vier neue Hutmodelle, und zwar zum Abendanzug die neue Melone, genannt „Senator“, mit einem etwas höheren Kopf wie bisher und leicht gehobenen Rand, den neuartigen Matrosenhut „City“ in rauhaarig, grau getönt für die Promenade, einen sportlich gehaltenen, veredelten Klapphut „Stadion“ in bräunlichem Ton und einen Belaurhut „Hania“ in mitterleren und dunklen Farbtönen für den täglichen Gebrauch. Anlässlich des neuen Saisonbeginns veranstalten die einschlägigen Geschäfte einen Schaufensterwettbewerb, wobei man die Saisonneuheiten inmitten zeitgemäßen Blumenschmuckes in den Auslagen bewundern kann und der Mann auf seinen Wegen die leise Mahnung erfährt, sich neu zu „behalten“. — Kopfschmerzen!

Direktor Uhlich von den Riebe-Werken verhaftet.

Am Dienstagnachmittag ist überraschenderweise der in Bad Ems zur Kur weilende Direktor der Deutschen Riebe-Werke, Uhlich, in seinem Hotel durch zwei Kriminalbeamte verhaftet worden. Direktor Uhlich wurde vorläufig in das Amtsgerichtsgefängnis in Adorf eingeliefert, wo heute vormittag durch den zuständigen Richter seine Vernehmung über die Werkspläne bei den S. K. J.-Norma-Werken erfolgte. Wie verlautet, wird Direktor Uhlich, der nach seiner Festnahme erkrankt ist, in den nächsten Tagen nach Berlin übergeführt werden.

Der „König der Fassadenkletterer“.

Verhandlung gegen den Einbrecher Wald.

Unter außerordentlich großem Andrang des Publikums begann heute früh vor dem erweiterten Schöffengericht Charlottenburg, dessen Vorsitz Landgerichtsdirektor Bode führt, die Verhandlung gegen den Fassadeneinbrecher und „König der Fassadenkletterer“ Erik Wald und seinen Haupthehler, den Kaufmann Traugott Lohrer aus Berlin.

Mitangeklagt sind außerdem die Hamburger und Berliner Freundinnen, Frau Elsa Strund aus Hamburg und Frau Anna Föhreht aus Berlin, zwei Frauen im Alter von über 40 Jahren. Sie sind wie Lohrer wegen Hehlerei angeklagt, Frau Strund außerdem wegen Beihilfe, da sie Wald die Gelegenheit zu Einbrüchen in Hamburg ausgetunlichst hoben soll. Gegen Wald ist nach der von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Horn vertretenen Anklage die Beschuldigung erhoben worden, in Berlin im Jahre 1924 und Anfang 1925 vier Einbrüche und in Hamburg in denselben Jahren 15 Einbrüche verübt zu haben.

Der Angeklagte Erik Wald, auf den sich das allgemeine Interesse richtet, legte mit einer gewissen Gleichgültigkeit und Gelassenheit offen das Geständnis ab, daß er seit Jahren das Erklettern von Fassaden und das nächtliche Eindringen in Schlafzimmer gewerbsmäßig betrieben hat. Er ist nach seiner Angabe 1900 in Jehnitz bei Dessau geboren. Beide Eltern verlor Wald bald und ist dann im Waisenhaus in Dessau erzogen worden. „Von dort bin ich entlaufen und wurde dann in Hamburg bei einem Einbruch abgefaßt. Ich kam ins Rettungshaus, bin mehrmals entlaufen und in Berlin wieder erwischt worden. Dann kam ich in eine Erziehungsanstalt. Nachdem ich wieder entlaufen war, wurde ich beim Einbruchsdiebstahl erwischt und nun in staatliche Zwangserziehung gebracht. Auch von dort bin ich mehrmals ausgerückt.“

Wie die Bandalen.

Erste Verhaftungen richteten Einbrecher in einer Käscheefabrik in der Königgräber Straße an. Die Verbrecher, die mit einem Rucksack einbrachen, zerstörten besonders optische Instrumente, die die Fabrik bei ihren Arbeiten verwendet. Wertvolle Vinsen brachen sie aus den Aufnahmeapparaten heraus und zerhackten sie mit Glasdiamanten. Lederne Säcke zerfetzten sie mit Messern. Andere Materialien zerstörten sie durch Säuren, Lackfarben usw. Der Materialschaden, der auf diese Weise angerichtet wurde, beläuft sich auf mehrere tausend Mark.

Die Arbeitszeit in der Schwerindustrie.

Bis 84 Stunden bei 40 bis 60 Grad.

Dortmund, 21. September. (Eigenbericht.)

Am 18. September tagte in Duisburg eine Konferenz des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, die sich mit der Arbeitszeit im Bereich der „Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie“ beschäftigte.

Die gut besuchte Konferenz hörte zunächst zwei Vorträge. Der eine befahte sich mit den besonderen Bemühungen der Organisation, die Arbeiter der Dampfkesselanlagen, der Gas-, Kraftzentralen usw. dem Schutz des § 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen.

Der zweite Vortrag behandelte die Entwicklung der Arbeitszeit in den Betrieben der Nordwestgruppe seit dem Dezember 1923. Ursprünglich war eine Wochenarbeitszeit von 59 Stunden, zeitweise 57 1/2 Stunden „vereinbart“. Das bedeutete eine tägliche Arbeitszeit von rund 10 Stunden. Da aber kein Heizer oder Maschinist seine Dampfessel, seine Maschinen ohne Aufsicht lassen darf, werden die Pausen von insgesamt 2 Stunden täglich (innerhalb der 12stündigen Schicht) ohne weiteres zur Arbeitszeit gestempelt. Eine Ablosung während der Pausen wurde von den Betriebsleitungen in den meisten Fällen nicht abgelehnt. Dadurch besteht für die Maschinisten und Heizer praktisch eine Wochenarbeitszeit von 6mal 12 gleich 72 Arbeitsstunden. Doch nicht genug damit. Zu dieser Arbeitszeit tritt dann noch an jedem zweiten Sonntag eine Bechseilschicht bis zu 16 Stunden, so daß wochenweise

die Gesamtarbeitszeit 84 Stunden

und darüber beträgt.

Während in den Kesselanlagen die Heizer vorn von der Hitze verbrannt werden, haben sie dauernd kalten Zug im Rücken. Auf diese Art wird in zahllosen Fällen der Tuberkulose ein fruchtbarer furchbarer Boden bereitet.

In der Aussprache kamen weiterhin besonders die Verhältnisse in den Gaszentralen zur Sprache. Gasvergiftungen sind fast täglich zu verzeichnen. Der Organisation ist es nicht einmal möglich, von dem behandelnden Arzt ein Attest zu bekommen, das die Gasvergiftung bestätigt. Die Konferenz war einmütig der Auffassung, daß die Gasvergiftung als „Berufskrankheit“ angesehen und damit dem Unfall gleichgestellt werden muß!

Wenn man bedenkt, daß die Maschinisten und Heizer ihre Arbeiten bei Tag und bei Nacht, Werktags und Sonntags ohne Unterbrechung im Schichtdienst leisten müssen, bei einer Temperatur von 40 bis 50 Grad — im Sommer bis 60 Grad und darüber! —, dann wird jeder mitfühlende Mensch diese Leistung als eine unerschöpfliche bezeichnen müssen.

Die Sonntagsarbeit

bildet ein Kapitel für sich. Nach der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 dürfen Arbeiter in den durchgehenden Betrieben an Sonntagen beschäftigt werden, wenn der Arbeiter an jedem dritten Sonntag volle 36 Stunden oder an jedem zweiten Sonntag von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr von der Arbeit frei ist. ... So wird die Regelung der Sonntagsarbeit zumeist heute noch im Bereich der Nordwestgruppe gehandhabt. Das ist ungeschicklich! Die „Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter“ vom 23. November 1918 schreibt in ihrer heute noch gültigen Ziffer IV vor: ... Zur Herbeiführung des wöchentlichen Schichtwechsels dürfen erwachsene Arbeiter innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen nur einmal zu einer Arbeit von höchstens 16 Stunden herangezogen werden, sofern ihnen in diesen 3 Wochen zweimal eine ununterbrochene Ruhezeit von je 24 Stunden gewährt wird.

Die Konferenz stellte sich mit aller Entschiedenheit auf den Standpunkt, die Kesselanlagen, Gas- und Kraftzentralen müssen unbedingt in aller nächster Zeit dem § 7 der Arbeitszeitverordnung unterstellt werden. Eine entsprechende Entscheidung wurde von den 52 Delegierten einstimmig angenommen. Sie wird den maßgebenden Stellen überreicht werden. Sollte dem Verlangen nicht stattgegeben werden, dann werden die Maschinisten und Heizer sich die achtstündige Arbeitszeit bei den kommenden Arbeitszeitverhandlungen holen, und zwar, geht es nicht anders, durch Kampf!

Arbeitszeit bei der Straßenbahn.

Die Gesamtbelegschaft soll entscheiden.

Der Betriebsrat der Berliner Straßenbahn hat zu heute vormittag und zu heute abend zwei Betriebsversammlungen des Personals der Berliner Straßenbahn einberufen, die zu dem Ergebnis der nochmaligen direkten Verhandlungen des Verkehrsverbundes und Metallarbeiterverbandes mit der Straßenbahndirektion und zu dem vom Schlichter für Groß-Berlin gemachten Vergleichsvorschlag Stellung nehmen sollen.

In der heutigen Vormittagsversammlung in den „Prachtstätten am Märchendamm“, die sehr gut besucht war, berichtete Genosse Hiller vom Verkehrsverbund über das Ergebnis der Verhandlungen. In der Verhandlung vor dem Schlichter am Freitag voriger Woche wurden lediglich die strittigen Punkte des Schiedsspruches erörtert, die zu seiner Ablehnung durch das Personal geführt haben. In den direkten Verhandlungen, die am Montag mit der Direktion geführt wurden, konnte über diese Punkte wiederum keine Einigung erzielt werden. Nach längeren Verhandlungen vor dem Schlichter machte dieser den Parteien einen Vergleichsvorschlag, der im wesentlichen folgendes besagt: Die Arbeitszeit soll die gleiche bleiben, wie sie im Schiedsspruch vorgegeben war, bezugnehmend auf die Ueberstundenbezahlung. Es wurde jedoch die Bestimmung aufgenommen, daß Ueberstunden nur in dringenden Fällen verlangt werden dürfen. Für die Wagenwäscher und die im Gleisbau und in der Wagenunterhaltung beschäftigten Arbeiter soll für die Zeit von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ein Nachtzuschlag von 40 Pfennig für die Schicht gezahlt werden. Bei der Gewährung von Urlaub soll zwischen dem technischen und dem Fahrpersonal kein Unterschied gemacht werden. Der Urlaub soll betragen: Nach einem Berufsjahr 5 Arbeitstage, nach drei Berufsjahren 6 Arbeitstage, nach fünf Berufsjahren 9 Arbeitstage, nach zehn Berufsjahren 12 Arbeitstage, nach zwölf Berufsjahren 13 Arbeits-

tage, nach vierzehn Berufsjahren 14 Arbeitstage, nach sechzehn Berufsjahren 15 Arbeitstage und nach achtzehn Berufsjahren 16 Arbeitstage. Eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand bietet der Vergleichsvorschlag in der Frage der Bezahlung bei Krankheit. Hier sieht der Vergleichsvorschlag vor, daß bei einer Beschäftigungsdauer von drei Monaten bis zu einem Jahr 70 Proz. des Lohnes sechs Wochen lang, nach einem Jahr bis zu drei Jahren 80 Proz., 13 Wochen lang, und nach drei Jahren 90 Proz., 26 Wochen lang, als Krankenlohn gezahlt werden müssen. Wenn die Krankheit infolge eines Betriebsunfalles eingetreten ist, soll ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer der Krankenlohn nach den vorgezeichneten Höchstsätzen gezahlt werden, bis der Arbeiter wiederhergestellt ist oder eine Unfallrente oder Ruhegeld erhält. Dieser Krankenlohn muß ebenfalls bis zu 26 Wochen gezahlt werden. Der neue Tarifvertrag soll ab 1. Oktober bis 31. März 1929 gelten, jedoch soll die Bestimmung über die Ueberstundenzuschläge rückwirkende Kraft ab 1. September haben. Der neue Urlaub dagegen soll erst das nächste Kalenderjahr Geltung haben.

Die Sektionsleitung empfahl den Vergleichsvorschlag der Versammlung zur Annahme, da er doch in wesentlichen Punkten, mit Ausnahme der Arbeitszeit, eine Verbesserung gegenüber dem letzten Schiedsspruch und vor allem gegenüber dem jetzigen Zustand bedeutet.

In der Diskussion jedoch sprachen sich mit Ausnahme eines einzigen Redners alle für die Ablehnung des Vergleichsvorschlages aus. Ein von der KPD. herausgegebenes Flugblatt dürfte zu dieser Auffassung nicht wenig beigetragen haben. Die Abstimmung ergab gegen wenige Stimmen die Ablehnung des Vergleichsvorschlages.

Genosse Dr. Mann vom Verkehrsverbund erklärte darauf zum Schluß, daß, wenn auch die Abendversammlung den Vergleichsvorschlag ablehnen sollte, in den Betrieben eine Urabstimmung vorgenommen wird, in der nur über die Frage Arbeit oder Streik zu entscheiden ist.

Vorstandssitzung des IGB.

Amsterdam, 20. September. (Eigenbericht.)

Eine Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes befahte sich dieser Tage in erster Linie mit den zahlreichen Aufgaben, die der Pariser Kongress dem Vorstand und dem Sekretariat übertragen hat. Schon in dieser ersten Sitzung der durch zwei neue Mitglieder erweiterten Exekutive machte sich die gute Auswirkung verschiedener in Paris getroffener organisatorischer Maßnahmen deutlich bemerkbar. Nach einer in mancher Hinsicht eingetretener strafferer Koordination und Zentralisierung der Kräfte wird der IGB. mit doppelter Sachlichkeit und Einheitlichkeit seine Arbeit fortsetzen.

Was die in Paris zur Annahme gelangten Resolutionen über die großen Probleme unserer Zeit betrifft, so trat der Vorstand zunächst vorbereitende Arbeiten zur Ausführung der Beschlüsse hinsichtlich der Wirtschaftslage der Arbeiter, des Kampfes um den Achtstundentag, der Antirriegspropaganda usw. Zunächst soll der endgültige Text des vom Pariser Kongress aufgestellten

wirtschaftlichen Programms

den Landeszentralen zur Stellungnahme zugeandt werden. Sie sollen um jene Auskünfte gebeten werden, die jeder sachlichen Wirksamkeit auf internationalem Gebiet zugrundegelegt werden müssen, Auskünfte über die in nationalem Rahmen im

Kampf gegen die schutzöllnerische Handelspolitik

erreichten Resultate sowie über Vorkehrungen zur Vermeidung der Schädigung der Arbeiterkraft durch die Nationalisierung, zur Bekämpfung der Auswüchse des nationalen und internationalen Kartellwesens. Die von den Landeszentralen bereits erzielten Resultate und die für die nächste Zukunft von ihnen geplanten Aktionen sollen die Grundlage der Arbeit und Propaganda auf internationalem Gebiet werden. In diesem Sinne sollen die eingegangenen Antworten vom Sekretariat beantwortet und in einem Bericht in einer der nächsten Vorstandssitzungen vorgelegt werden. Das Endziel ist die

Auffstellung eines praktischen Aktionsprogramms,

mit dessen Vorbereitung das Sekretariat beauftragt wurde.

Die Frage des Achtstundentages wurde von zwei Gesichtspunkten aus behandelt. Da die Arbeiterkraft international immer noch am meisten von der Ratifizierung der Washingtoner Konvention zu erwarten hat, sollen die Bestrebungen in dieser Richtung nach Möglichkeit gefördert werden, und zwar durch direkte Schritte bei den Regierungen, durch parlamentarische Eingriffe in Zusammenarbeit mit den der Ratifizierung günstig gesinnten Parlamenten, durch Propagandaveranstaltungen und Presseaktionen. Um die Wirksamkeit dieser Schritte zu erhöhen, sollen sie in den verschiedenen Ländern möglichst gleichzeitig unternommen werden. Diese Wirksamkeit der äußeren Front soll ergänzt werden durch Erhebungsarbeiten innerhalb der Gewerkschaften, durch die

ein klares Bild der wirklichen Lage

gewonnen werden soll. In diesem Sinne hat der Pariser Kongress eine Resolution angenommen, in der der Vorstand beauftragt wird, sich mit den Landeszentralen in Verbindung zu setzen, um zu bewirken, daß mit Beginn 1928 alle zwei Jahre eine Untersuchung über die wöchentliche Arbeitszeit durchgeführt und darüber eine Statistik angelegt wird.

Schließlich wurde noch die Gestaltung des Verhältnisses zum Internationalen Arbeitsamt besprochen. Die Landeszentralen und ihre Organisationen sollen so früh wie möglich genau über die dort zur Behandlung kommenden Probleme unterrichtet werden. Diese Aufklärungsarbeit soll dem Vorstand des IGB. die Möglichkeit geben,

internationale Gesichtspunkte hervorzuheben,

so daß die Landesorganisationen in der Lage sind, bei der Beantwortung der Fragebogen gegenüber ihren Regierungen diese Richtlinien genau zu beachten.

Die Exekutive des gewerkschaftlichen Arbeiterinnenausschusses wurde in ihrer jetzigen Form bestätigt. Die Frage der italienischen Arbeiterbewegung beschäftigt den Vorstand in doppelter Hinsicht, erstens in bezug auf Italien

selbst und zweitens in bezug auf die ausgewanderten italienischen Arbeiter. An der zweiten Frage sind Frankreich, Belgien, die Schweiz und Luxemburg interessiert. Es wurde die Abhaltung einer Konferenz aus Vertretern der in Betracht kommenden vier Länder sowie der beteiligten Berufssekretariate in Aussicht genommen. Wegen einer bestimmten Sprache oder Hilfsp Sprache, gemäß Aufruf des Pariser Kongresses, soll an die Landeszentralen und Berufssekretariate herangetreten und untersucht werden, welche Sprache speziell in Frage kommt. Die Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird auf der nächsten Ausschusssitzung vom 17. bis 20. Januar in Berlin weiter behandelt werden. Die nächste Vorstandssitzung findet am 7. und 8. November in Amsterdam statt.

Internationaler Beamtenkongress.

Nürnberg, 20. September. (Eigenbericht.)

Im Mittelpunkt der Generaldebatte auf dem Kongress stand die Frage des Verhältnisses der I.A.B. zu der Internationalen der Bediensteten öffentlicher Betriebe.

Steiner-Deutschland brachte zum Ausdruck, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Zusammenarbeit mit dieser Internationale dringend wünsche. Er verlangte von Koordhoff eine Erklärung darüber, ob er bereit sei, noch einmal mit dieser Internationale zu verhandeln. Die Organisationen, die Beamte und Arbeiter national organisieren, könnten international nicht auseinandergerissen werden. Ein Zusammenarbeiten sei deshalb notwendig, schon aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Dr. Böler-Deutschland verlangte, daß die Arbeit der I.A.B. sich mehr als bisher den wirtschaftlichen Fragen der Beamtenschaft zuwende. Reiser-Schweiz begründete an Hand der Schweizer Verhältnisse, daß eine Trennung der Arbeiter von den Beamten in der Internationale öffentlicher Betriebe nicht möglich sei.

Laurent-Frankreich trat dafür ein, daß die Anstellungsbedingungen der Beamten künftig eingehender behandelt werden. Er fordert eine Umfrage über

die Rechts- und Pensionsverhältnisse.

Dorer-Oesterreich wies darauf hin, daß das Verhältnis zur Internationale der öffentlichen Betriebe von der I.A.B. aus freundschaftlicher ist als von der anderen Seite her. Die Ursache hierfür liege in den besonderen Verhältnissen einzelner Länder, so seien z. B. in Belgien alle Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe in einer Organisation zusammengefaßt.

In der Einzelaussprache teilte Koordhoff mit, daß die Enquete über Pensionsinfolge Ueberlastung und aus finanziellen Gründen noch nicht vollständig durchgeführt werden konnte. James-England forderte eine Enquete über die Beamtenverordnungen in den einzelnen Ländern. Dr. Böler-Deutschland trat dieser Anregung bei. Dorer-Oesterreich schritt die Frage des Verhältnisses zur Internationale der Kopparbeiter

an und teilte mit, daß das Internationale Arbeitsamt eine Kommission für diese Frage eingesetzt habe. Diese Kommission müsse durch Einbeziehung der Beamtenangelegenheiten erweitert werden. James-England wies darauf hin, daß angesichts des englischen Anti-Gewerkschaftsgesetzes die englische Organisation Ende des Jahres die Mitgliedschaft in der I.A.B. aufgeben muß. Sie werde aber trotzdem mit der I.A.B. soweit als möglich in Verbindung bleiben.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung erhielt zunächst Professor Lederer-Heidelberg das Wort zu einem Vortrag

„Die Beamten in der Volks- und Weltwirtschaft.“

Der Vortrag wird als Broschüre erscheinen. Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, Boisnier, dankte für die Einladung und behandelte dann eingehend die Möglichkeiten des I.A.B., sich mit den Beamtenfragen künftig mehr zu befassen. Das Bureau des I.A.B. könne z. B. eine Untersuchung über die Frage der Beamtenverordnungen unterstützen. Bedauerlicherweise seien die Organisationsverhältnisse der Beamten noch sehr zerstückelt. Das erschwere dem I.A.B. die Beschäftigung mit Beamtenfragen.

Der Lohnkampf in der Solinger Metallindustrie.

Solingen, 20. September. (Eigenbericht.)

Der Arbeitgeberverband für die Solinger Metallindustrie hat am Dienstagvormittag beschlossen, die Gesamtkündigung für die Metallarbeiter der Solinger Metallindustrie (etwa 25 000 bis 30 000 Mann) ab 22. September zum 6. Oktober auszusprechen.

Am Dienstagvormittag fanden vor dem Schlichtungsausschuss neue Verhandlungen zwischen den beiden Parteien statt. Die abermals ergebnislos verliefen. Daraufhin fiel der Schlichtungsausschuss mit der Stimme des Vorsitzenden und gegen die Stimmen der beiden Parteien einen Schiedsspruch, der rückwirkend ab 1. September eine zehnprozentige Erhöhung der Tariflöhne für die Facharbeiter, die gelernten Arbeiter, die angelernten Arbeiter und Hilfsarbeiter, eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung für Frauen und Mädchen, eine zwölfsprozentige für Lehrlinge und eine fünfprozentige für die übertariflich entlohnten Stundenlöhner und Akkordarbeiter vorsieht. Der Schiedsspruch ist erstmalig zum 31. März 1928 kündbar. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 27. September. Die beiden Parteien werden in den nächsten Tagen zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen. Aber Borausicht nach ist mit einer Verschärfung der Lage zu rechnen.

Die Funktionärskonferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner findet nicht in Schmitz's Gesellschaftshaus, sondern in den Konfordinalen, Andreasstraße 64, morgen abend 19 Uhr statt.

Voller, Wer- und Schachtmittelbund. Bezirksverein Groß-Berlin Seite, 194, Uhr, Arbeit in den Gophelstein, Sophienstr. 17/18, untere Monatsversammlung. Tagungsordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Sind die Mitglieder des Bezirksvereins Groß-Berlin für eine Berufsberatung?

Verantwortlich für Text: Richard Bernheim; Bildschiff: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolver: Dr. John Schifowski; Posaune und Sack: Rich. Rastbach; Anzeiger: H. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Betriebs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Industrie- und Handelskammer zu Berlin
Kaufmännische Schulen
Ausbildung für jeden kaufmännischen Beruf in Handelsschulen mit geschlossenen Lehrgängen in Jahres- und Zwei-Jahres-Kursen sowie in einzelnen kaufmännischen Fächern.
Auskunft und Prospekte
Berlin G. 2, Neue Friedrichstr. 53-56 11

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
Im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
44 4 Schauenster Hochbeständige Tapeten mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch wasserdichte Engrosbezug 40% Ersparnis! — Der weiteste Weg lohnt!

Zu noch nie dagewesenen Preisen
bringen wir
Stores, Gardinen, Bettdecken
Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 5,90, 7,50, 9,90 M.
Halbstores in allen Weizen 1,75, 4,50, 5,50 M.
Gardinen-Reste Dual-Isab. a. Dual-Isab. zum halben Preis. — Einzelverkauf von 9-7 Uhr. —
Spezial-Gardinen-Werkstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2. Stock, am Ringbahnhof
Kein Laden!
Ohne Anzahlung
Candoporzellen
Candoporzellen
qm 0,80-1,00 22. monatlich 20.— 1/2jähr. 200.—
bestellt Geln, Berlin, Köpenick, 28.

Gerhard Kohnen
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung
NEUKÖLLN
ermannstraße 76-77
Eisu-Betten
Kleiderbetten, Stahlmatr., Gästeb., an Priv. Kat. fr. Eisenmöbelfabrik Sani (Inhr.)

Konkurrenzlos!!!
Metallbetten mit Polsterauflagen 10,50 an
Sofa 20.—
Schal-Chaiselounges 24.—
Chaiseloung-Becken 7.—
Wandbänke 3.—
Pantentmatratzen 9.—
Freisendung! Ratenzahlung!
Göhr, Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1.

Möbel-Beiser
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer
Küchen, Klubgarnitur., Einzelmöbel
in gediegener Qualität zu niedrigen Preisen
auf Teilzahlung!
Norden: Lothringer Straße 67
Osten: Frankfurter Allee 336

Wettannahme des Union-Klubs
Berlin NW 7, Schadowstraße 8, part.
Volle Totalisatorquote ohne Abzug
Wettbestimmungen
auf Wunsch kostenlos. — Postaufträge und Anträge auf kostenlose Einrichtung von Konten nur an die Zentrale Schadowstraße 8.
Tel.-Adr.: Wettannahme Berlin Schadowstraße 8.